
TOP 19:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Gemeinsam für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt

COM(2013) 913 final

Drucksache: 807/13

Die Kommissionsmitteilung zielt darauf ab, die europäischen Städte verstärkt bei der Bewältigung der Herausforderungen der urbanen Mobilität zu unterstützen. Sie dient der Mobilisierung von Maßnahmen auf allen staatlichen Ebenen: die Kommission legt in dieser Mitteilung dar, wie sie ihre Maßnahmen für die nachhaltige urbane Mobilität in Bereichen mit Mehrwert für die EU verstärken wird. Die Kommissionsmitteilung unterstreicht, dass die originäre Zuständigkeit für die Thematik bei den lokalen Gebietskörperschaften liegt. Aus Sicht der Kommission sind Städte und Gemeinden am besten geeignet, Mobilitätsprobleme zu bewältigen. Jedoch werden die Mitgliedstaaten zu entschiedeneren und besser koordinierten Maßnahmen aufgefordert.

In ihrer Mitteilung kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass ein Umdenken in Bezug auf das Konzept der Mobilität in der Stadt notwendig ist, um sicherzustellen, dass Europas städtische Gebiete sich nachhaltiger entwickeln und die EU-Ziele eines wettbewerbsfähigen und ressourcenschonenden Verkehrssystems in Europa erreicht werden. Die Fragmentierung der Konzepte müsse überwunden und ein Binnenmarkt für innovative Lösungen für die urbane Mobilität entwickelt werden, indem Aspekte wie gemeinsame Normen und Spezifikationen oder die gemeinsame Beschaffung behandelt werden.

Die Kommission empfiehlt eine Reihe konkreter Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen zu einer Reihe einschlägiger Themen wie Stadtlogistik, Zugangsregelungen in Städten, Einführung urbaner intelligenter Verkehrssysteme und Straßenverkehrssicherheit und wird deren Weiterverfolgung sorgfältig überwachen. Insbesondere in den vielen unterschiedlichen Zugangsregelungen für einzelne Kommunen sieht die Kommission eine starke Fragmentierung des Binnenmarktes. Um den Städten bei der Ausgestaltung und Umsetzung intelligenter Zugangsregelungen behilflich zu sein, spricht sich die Kommission in ihrer Mitteilung für die Ausarbeitung "verbindlicher Leitlinien" aus; ein vollständig harmonisiertes europäisches Konzept

fordert die Kommission dagegen nicht.

Die Kommission kündigt an, den Austausch bewährter Praktiken zu fördern, gezielte Unterstützungen zu leisten sowie in Forschung und Entwicklung zu investieren. Darüber hinaus regt sie die Erstellung von "Plänen für eine nachhaltige urbane Mobilität" durch alle zuständigen Entscheidungsträger an, um so die Umstellung auf saubere und nachhaltige Verkehrsmittel in städtischen Gebieten zu fördern.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, geeignete Rahmenbedingungen für Städte und Gemeinden zu schaffen, damit diese ihre Pläne für eine nachhaltige urbane Mobilität ausarbeiten und umsetzen können.

Zur Förderung eines engeren Austauschs zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten schlägt die Kommission zudem vor, eine Sachverständigengruppe der Mitgliedstaaten zur urbanen Mobilität einzurichten.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 807/1/13** ersichtlich.